

**Heribert Schatz, Otfried Jarren, Bettina Knaup (Hg.):
Machtkonzentration in der Multimediagesellschaft? Beiträge zu einer
Neubestimmung des Verhältnisses von politischer und medialer Macht**
Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, 302 S., ISBN 3-531-13043-9, DM 54,--

Gemessen an der kuriosen Entstehung ist ein erstaunlich homogener Sammelband gelungen. Der größere Teil seiner Beiträge entstand aus der gemeinsamen Jahrestagung des Arbeitskreises „Politik und Kommunikation“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft und der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft vom Oktober 1996 in Berlin. Den kleineren Part steuerten Referenten eines zeitgleich von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Castelgandolfo (Italien) veranstalteten Symposiums bei.

Der Buchtitel endet mit einem Fragezeichen – und gibt auf diese Weise wohl präzise den Forschungsstand wieder. Im ersten Kapitel widmen sich sieben Beiträge dem Verhältnis von Politik und Medien. Vier Aufsätze untersuchen Medieninhalte, die dritte Rubrik wendet sich mit sechs Referaten der Rundfunkpolitik zu. Heribert Schatz betont in seiner Einleitung, besonders in Deutschland sei die Sorge groß, die Massenmedien könnten Schaden erleiden in ihrer Funktion, „Medium und Faktor der öffentlichen Meinungsbildung“ (so die berühmte Formulierung des Bundesverfassungsgerichtes im Rundfunkurteil von 1961) zu sein.

Geht es um rundfunkpolitische Defizite, so sind sich die meisten Autoren rasch einig. Mehrere Beiträge zeigen nachvollziehbar, wie unwirksam klassische Instrumente der Rundfunkregulierung geworden sind. Der Föderalismus erfüllt seine Gestaltungs- und Kontrollaufgaben besonders bei der Aufsicht über den privaten Rundfunk nur unzulänglich. Staatsverträge und auch die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes sanktionieren zunehmend die Rundfunkrealität, anstatt diese zu steuern. Geht es indessen um neue Leitbilder für den Rundfunk und um neue Modelle seiner Regulierung, so liefern nur wenige Aufsätze konkrete Hinweise. Dazu zählt Gerhard Vowes Rekonstruktion der „Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen“, die 1993/94 als Initiative der Privatanbieter entstand. Sie reagierten damit auf wachsende öffentliche Empörung über zu viele Gewaltdarstellungen im Fernsehen und beugten mit dem Selbstkontroll-Organ einer – ihre finanziellen Interessen womöglich beeinträchtigenden – gesetzlichen Regelung vor. Wolfgang Seufert begründet detailliert, weshalb der aktuelle Rundfunk-Staatsvertrag mit seinen Marktanteilsobergrenzen weder wettbewerbspolitisch noch kommunikationspolitisch überzeugt. Er fordert ein Konzentrationsrecht, das im Zeitalter der medienübergreifenden Konzentration alle meinungsrelevanten Medienmärkte gemeinsam regelt und so die Kontrolle von Marktmacht und Meinungsmacht effektiver miteinander verbindet.

Beim Streit darüber, ob die unübersehbare ökonomische Konzentration (namentlich bei Bertelsmann und Kirch) zu einer gefährlichen publizistischen Konzentration geführt habe, geben die meisten Experten eine erfreulich unaufgeregte Antwort. Vor allem Frank Marcinkowski und Wilfried Scharf zeigen, daß trotz der

wirtschaftlich problematischen Konzentration keine erkennbare Beeinträchtigung der Informations- und Meinungsvielfalt im bundesdeutschen Rundfunkangebot eingetreten ist. Gravierender ist wohl die Befürchtung, die fernsehspezifischen Auswahlmechanismen und Präsentationsformen führten zu einer zunehmend entpolitisierten Darstellung von Politik, zu einer Angleichung von einst getrennten fiktionalen und non-fiktionalen Konventionen. Neben Thomas Meyer liefern Udo Göttlich und Jörg-Uwe Nieland konkrete Hinweise darauf, wie (besonders für das jugendliche Publikum) die „Alltagsdramatisierung in Daily Soaps“ (S.197) den vom Fernsehen zu leistenden politischen Vermittlungsprozeß prägt. Sie sehen die Gefahr, „daß Banalität und Trivialität zum ästhetischen Maßstab [...] auch der Darstellung politischer Sachverhalte werden“ (S.198).

Manchen Leser mag enttäuschen, daß – anders als im Titel des Bandes angekündigt – die Auswirkungen von Multimedia auf den politischen Prozeß und die Machtverteilung in der Gesellschaft eine untergeordnete Rolle spielen. Doch die überwiegende Aufmerksamkeit für Fernsehen und Printmedien läßt sich mit der realen Mediennutzung der Bundesbürger und der daraus resultierenden Politikwahrnehmung überzeugend begründen. Den Rezensenten irritiert, daß ostdeutsche Medien nur in einem Beitrag erwähnt werden. Dies bleibt trotz der Konzentration politischer und medialer Macht im Westen der Republik bedauerlich.

Rolf Geserick (Münster)